

Analyse: Karenztage für Kranke - Banken halten sich bedeckt

Oliver Bäte hat mit seinem Vorschlag eine Debatte ausgelöst. Wir fragten bei Banken nach, was sie von dem Vorstoß des Allianz-Chefs halten. Ergebnis: Einige reden Klartext - andere gehen in Deckung.



Ein ernstes Thema - hier lustig verpackt. | Foto: picture alliance / dpa | Rolf Haid

von [HAUKE RUDOLPH](#)

17. Januar 2025, 11:45 Uhr

Der Vorschlag von Allianz-Chef Oliver Bäte, einen Karenztag einzuführen, das heißt, Arbeitnehmer im Krankheitsfall am ersten Tag keine Lohn- bzw. Gehaltszahlung zu leisten, wird kontrovers diskutiert. Die Gewerkschaften sind sauer: "Niemand braucht aktuell Vorschläge, die noch mehr Beschäftigte dazu bringen, krank zu arbeiten", ärgert sich DGB-Vorständin Anja Piehl. Von Manager-Seite kommt dagegen häufig Zustimmung: "Der hohe Krankenstand ist ein Problem für die Unternehmen", findet Mercedes-CEO Ola Källenius.

Das sagen die Banken zum Karenztag

Und die Finanzwirtschaft? Hat zum Thema bisher kaum etwas bis gar nichts gesagt. Darum hat FinanzBusiness bei einer Reihe von großen Privatbanken, Sparkassen und Genossen nachgefragt.

Ergebnis: Kein einziges der befragten Institute stimmt den Vorschlag zu. Drei lehnen ihn sogar explizit ab. Aber: Zwei, nämlich die Apotheker- und Ärztebank sowie die Münchener Stadtsparkasse, gehen über die Frage einfach hinweg, und drei - LBBW, Hamburger Sparkasse und Deutsche Bank - teilen mit, sich an der Diskussion nicht beteiligen zu wollen. Die Deuba begründet ihre Zurückhaltung damit, "den Vorschlag von Herrn Bäte nur aus der Medienberichterstattung" zu kennen und über "keine weiteren Details" zu verfügen.

Was denken die Banken wirklich?

Stellt sich die Frage: Warum sind die Institute so reserviert? Es scheint, als hielten sie den Vorschlag zumindest für diskutabel - würden sie ihn prinzipiell ablehnen, könnten sie dies das doch auch so schreiben. Aus Bankenkreisen hört man dazu, dass die Branche so kurz vor der Wahl keinen Staub aufwirbeln, sich nicht positionieren will. Setzt sie möglicherweise darauf, dass eine von der Union geführte wirtschaftsnahe Bundesregierung (im besten Fall eine schwarz-gelbe, obwohl dies beim derzeitigen Stand der Umfragen äußerst unwahrscheinlich ist) Bätens Vorstoß durchaus Sympathien entgegenbringen könnte?

Institute, die den Vorschlag mehr oder weniger explizit ablehnen, sind Commerzbank, Deka und Berliner Volksbank. Die Coba schreibt: "Wenn Körper oder Geist eine Auszeit benötigen, steht die Genesung im Vordergrund. Aus unserer Sicht gibt es derzeit keine sachliche Auseinandersetzung zu dem Thema Lohnfortzahlung im Krankheitsfall."

Die Deka lässt wissen, sie sehe "keine Veranlassung, ihre Regelung zur Krankmeldung zu überdenken". Dies gelte auch "vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Lohnfortzahlung".

Am deutlichsten wird die Berliner Volksbank. Ein Sprecher teilt mit: "Wir halten diesen Vorschlag für nicht zielführend und lehnen ihn daher ab. Er passt auch nicht zu unserer Unternehmenskultur, die von Vertrauen und Zusammenhalt geprägt ist. Der diskutierte Karenztag wirkt wie ein Misstrauensvotum und eine Bestrafung für Krankheit, die ja in der Regel nicht steuerbares Verhalten darstellt."

Das Institut aus der Hauptstadt führt darüber hinaus einen interessanten Gedanken in die Debatte ein: "Zudem dürfte der Karenztag auch mehr Kosten als Einsparungen verursachen, da er Präsentismus begünstigt und dazu führen wird, dass kranke Kollegen im Büro weitere anstecken, was die Folgekosten von Krankheit noch vergrößert." Weiter heißt es: "Investitionen, insbesondere in Prävention und Resilienz, in die Unternehmenskultur und Führungsentwicklung sind sinnvoller, um Erkrankungen effektiv entgegenzuwirken."

Zahl der Krankmeldungen: Banken sehen kein Problem

Bäte hatte darüber hinaus auch behauptet, dass die Zahl der Krankheitstage stetig wachse ("Deutschland ist Weltmeister bei Krankmeldungen"). FinanzBusiness hat bei den Instituten nachgefragt, ob sie diese Aussage bestätigen können. Die Antworten zeichnen ein recht eindeutiges Bild: Das ist weitgehend nicht der Fall.

Die Deutsche Bank schreibt: "Unser Krankenstand macht uns keine Sorgen, er hat sich in den letzten Jahren auch nicht signifikant verändert." Die Apobank berichtet, sie könne "einen Anstieg der Krankentage nicht feststellen". Die Stadtsparkasse München lässt wissen, dass "die Krankheitsquote während der Corona-Phase etwas erhöht" gewesen sei, sich aber "seit 2023 wieder normalisiert" habe. Und die Deka richtet aus, sie habe "in den letzten Jahren keinen signifikanten Anstieg der Krankheitstage" verzeichnen können.

Nur teilweise auf die Frage geht die Commerzbank ein, die mitteilt, dass "saisonale Schwankungen bei den Krankmeldungen sichtbar" seien. Allgemein äußert sich die Berliner Volksbank (die den Bäte-Vorschlag, wie erwähnt, strikt ablehnt): "Die Krankenquote im Bankensektor ist in der Regel nicht so hoch wie in anderen Branchen."

Steigt die Zahl der Krankheitstage?

Interessant zu wissen wäre natürlich, wie hoch der durchschnittliche Krankenstand bei deutschen Unternehmen ist. Und wie hoch in der Finanzwirtschaft. Tatsache ist: Eine gesicherte Statistik, wie viele Tage ein Arbeitnehmer im Durchschnitt krank ist, existiert nicht, das Statistische Bundesamt spricht von 15,1 - eine Zahl, die von unterschiedlicher Seite als vergleichsweise grobe Schätzung bezeichnet wird. Laut OECD ging 2023 6,8 Prozent der Arbeitszeit durch Krankheit verloren. Die einzelnen Krankenkassen geben recht unterschiedlich Zahlen an, was insofern nicht verwundert, als dass ihr jeweiliger Schwerpunkt auf der Versicherung unterschiedlicher Berufsgruppen liegt, die sich in der Regel verschieden häufig krankmelden.

Was den Krankenstand bei Banken und Versicherungen angeht, betrug dieser laut einer Statistik der AOK im Jahr 2023 4,5 Prozent. 2004 seien es 3,1 Prozent gewesen - also knapp die Hälfte (45 Prozent) weniger. Im langfristigen Trend stieg die Zahl der Krankmeldungen laut AOK-Statistik fast Jahr für Jahr kontinuierlich an (mit nur ganz wenigen Jahren, bei denen die Zahl nach unten ging, als Ausreißer).

Einschränkend hinzufügen muss man dazu allerdings, dass die AOK zwar eine sehr große Krankenkasse ist (bundesweit etwas mehr als 20 Millionen Mitglieder, also rund jeder vierte Bürger), jedoch keine typische Krankenkasse für Beschäftigte im Banken- und Versicherungssektor - das heißt, die Angaben von 3,1 und 4,5 Prozent geben daher nicht unbedingt den tatsächlichen Krankenstand des gesamten Sektors wider. Andererseits ist es unwahrscheinlich, dass sich die Tendenz bei den nicht bei der AOK versicherten Beschäftigten des Sektors grundsätzlich anders darstellt als die Tendenz, welche die AOK festgestellt hat.

FinanzBusiness hat auch die Arbeitnehmerseite kontaktiert. Und bei Verdi eine scharfe Reaktion ausgelöst. Jan Duscheck, bei der Dienstleistungsgewerkschaft (1,9 Mio. Mitglieder) für den Bereich Banken zuständig, spricht von einer "Missstrauens-" und einer Phantomdebatte" (letzteres, weil sie "von den eigentlichen Problemen, wie dem sich verschärfenden Fachkräftemangel", ablenke). Das Problem sei nicht häufiges Kranksein, sondern der Umstand, "dass sich Beschäftigte noch krank zur Arbeit schleppen, um ihre Kolleginnen und Kollegen nicht im Stich zu lassen, das Projekt fertig zu bekommen oder Kunden nicht zu enttäuschen".

Dass der Vorschlag Realität wird, glaubt Duscheck nicht - es gäbe dafür "gesellschaftlich und politisch keine Mehrheiten". Auch die Wahl einer konservativen Bundesregierung würde daran nichts ändern, weil die Idee "auch in der CDU selbst umstritten" sei. Dennoch sei der Vorschlag "politisch gefährlich, weil er das Bild der Beschäftigten und des Wirtschaftsstandortes Deutschland beschädigt". Er reihe sich ein "in Vorstöße gegen die Beschäftigten in Deutschland, wie zum Beispiel die Diskussion von längeren Arbeitszeiten, die der Bankenpräsident und Deutsche Bank-Chef Christian Sewing im letzten Jahr forciert hat". Der Gewerkschaftler ist empört: "Manche sprechen hier zurecht bereits von einem 'Klassenkampf von oben'."

"Genauso schlecht" wie unter Kohl

DBV-Chef Stephan Szukalski drückt sich nicht ganz so drastisch aus wie Duscheck, sagt aber, dass er über die Idee, Karenztage einzuführen, den Kopf schüttele: "Sie ist heute genauso schlecht wie in den 1990er Jahren, als die Regierung Kohl das zum ersten Mal versucht hat." Vorsorglich habe man bereits damals "Regelungen in eigentlich alle Flächentarifverträge aufgenommen, die die Arbeitgeber verpflichten würden, aufgrund dieser Übereinkünfte

eventuell entstehende Karenztage doch zu bezahlen". Deshalb sei man auf Seiten des DBV auch nicht sonderlich beunruhigt: "Schließlich besteht für die Beschäftigten eine haltbare Absicherung."